



Bonn, den 04.06.2020

Nachhaltigkeitspolitik im Krisenmodus Stellungnahme von SDSN Germany

Während die Covid-19-Pandemie Gesellschaften, Wirtschaft und Politik weiter im Griff hat, droht die Politik für nachhaltige Entwicklung ins Stocken zu geraten. Im fünften Jahre nach der Verabschiedung der [2030 Agenda für nachhaltige Entwicklung](#) mit ihren 17 *Sustainable Development Goals (SDGs)* sowie des [Pariser Klimaabkommens](#) steht Nachhaltigkeitspolitik vor einer doppelten Herausforderung: Sie muss sich in der Mitgestaltung der Krisenbewältigung als relevant erweisen und gleichzeitig unter Krisenbedingungen ihre eigene Zukunftsfähigkeit sichern.

Weltweit mobilisieren Regierungen und internationale Organisationen enorme Anstrengungen und finanzielle Mittel für die Bewältigung der durch die Covid-19-Pandemie ausgelösten Krise. Gleichzeitig sehen sich wesentliche Prozesse der Nachhaltigkeitspolitik mit Verschiebungen, Einschränkungen oder Risiken konfrontiert: Die für 2020 geplanten Vertragsstaatenkonferenzen zu Klima (COP26, Glasgow) und Biodiversität (COP15, Beijing) wurden verschoben. Das 2020er *High-level Political Forum on Sustainable Development (HLPF)* mit seinen vielen *Side Events* wird nur eingeschränkt, weitgehend im virtuellen Format stattfinden und von der Krisenbewältigung geprägt werden. Es besteht die Gefahr, dass die durch die Covid-19-Pandemie verschobenen Reformbeschlüsse zum „*HLPF Review*“ weiter verschleppt werden. In der EU muss sich der [European Green Deal](#) inmitten der Debatten um Krisenreaktion und Wiederaufbau behaupten. Die Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie wurde auf 2021 verschoben. Zivilgesellschaftliches Engagement für Nachhaltigkeit wie *Fridays for Future* und viele andere kann unter Kontaktbeschränkungen und Abstandsregeln nur noch reduziert auf politische Willensbildung einwirken.

Strukturelle Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie durch Krise noch dringender

Die Covid-19-Pandemie trifft auf Nachhaltigkeits-/SDG-Prozesse, die schon vor und unabhängig von der Krise um politische Aufmerksamkeit ringen und mit ihren Schwachstellen umgehen mussten. So hatte SDSN Germany bereits Anfang März 2020 [fünf Vorschläge für die strukturelle Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie](#) vorgelegt:

- *Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie und European Green Deal gegenseitig stärken*
- *Umsetzung durch Fokussierung auf Schlüsseltransformationen und übergreifende Hebel*
- *Den transformativen Hebel Finanzen konsequent nutzen*
- *Strategie in Parlament und Gesellschaft verankern, Steuerung in der Regierung stärken*
- *Zeitliche Rhythmen von Nachhaltigkeitsstrategie und politischen Schlüsselprozessen verknüpfen.*

In den letzten Wochen haben wesentliche Akteure aus Parlament, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Wissenschaft eine stattliche Anzahl an Stellungnahmen veröffentlicht, die für eine größere, in breiten Bereichen resonierende Meinungsbildung stehen. Insgesamt ist auch diesen Stellungnahmen¹ gemein, dass sie einerseits die geringe politische Relevanz und Wirkungsmacht der Nachhaltigkeitsstrategie

¹ Wie bereits zuvor die Stellungnahmen von Bundesrechnungshof ([BRH 2019](#)), Rat für nachhaltige Entwicklung ([RNE 2019](#)), Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 ([wpn2030 2019](#)) sowie der International Peer Reviews ([zuletzt 2018](#))

beklagen und sich andererseits mit vor allem inhaltlichen, in Teilen auch instrumentellen Anliegen nachhaltiger Entwicklung an ebendiese Strategie wenden. In erster Linie als Appelle an die Politik angelegt, politischen Willen und Macht in die 2030 Agenda und die Nachhaltigkeitsstrategie zu investieren, verzichten die Stellungnahmen selber weitgehend auf eine Analyse der Ursachen, warum Nachhaltigkeitspolitik bislang kaum in der Lage ist, die ‚gläserne Decke‘ zur Realpolitik zu durchstoßen. Solche Bestandaufnahmen und Analysen könnten und sollten deutlich stärker Interessenskonflikte und institutionelle Widerstände ansprechen und damit „politischer“ werden, müssten sich dann aber auch den strukturellen Defiziten in Anlage und Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie widmen.

So [mahnt der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung \(PBnE\)](#), die Neuauflage der Nachhaltigkeitsstrategie dürfe „nicht nur eine Regierungsstrategie von vielen sein“, sondern müsse als „übergeordnete Strategie“ der Bundesregierung entwickelt werden. Zu Beginn jeder Legislaturperiode sollten eine umfassende Bestandsaufnahme sowie für jedes Nachhaltigkeitsziel sogenannte Etappenzielsetzungen vorgenommen und durch den Bundestag verabschiedet werden. Das **Netzwerk Agenda 2030**, ein Zusammenschluss unterschiedlicher gesellschaftlicher, kultureller und wirtschaftlicher Akteure, fordert, Nachhaltigkeit müsse verbindliche Leitlinie bei Konjunkturmaßnahmen sein und die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie zum Instrument des Wandels werden. 68 große deutsche Unternehmen rufen in einem [Unternehmensappell](#) der **Stiftung 2 Grad** für Krisenbewältigung und Zukunftsfähigkeit dazu auf, mit einem Klima-Konjunkturprogramm unsere Wirtschaft krisenfester zu machen und den *European Green Deal* ambitioniert auszugestalten. Der **Sustainable Finance-Beirat der Bundesregierung** unterstreicht in seinem [Zwischenbericht](#) die „Bedeutung einer nachhaltigen Finanzwirtschaft für die große Transformation“ und legt [zusätzlich konkrete Vorschläge](#) vor, Konjunkturprogramme zu Covid-19 zukunftsgerecht und nachhaltig auszurichten. Der **Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE)** empfiehlt [„Nachhaltigkeit zum Leitprinzip für alle Schritte raus aus der Krise“](#) zu machen und die „Krise als Chance zur Transformation“ zu nutzen. In seinen [Vorschlägen zur Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie](#) hält der Rat „eine schonungslose Analyse, warum viele Ziele bisher verfehlt werden, für erforderlich“ und empfiehlt dringend, „die Nachhaltigkeitsstrategie endlich politikwirksam zu machen“. Der *European Green Deal* schafft für den Rat „eine neue Zukunftsvision für Europa“, die er nachdrücklich unterstützt. Von der Bundesregierung erwartet er, „dass sie sich mit substanziellen Beiträgen an einer nachhaltigen Umsetzung des *Green Deals* beteiligt“.

In dem durch die Covid-19-Pandemie veränderten Umfeld will diese Stellungnahme von SDSN Germany für sechs zentrale Handlungsfelder aufzeigen, wie Nachhaltigkeitspolitik und ihre Akteure durch ihr Engagement in der Krisenbewältigung gleichzeitig zu einer grundlegenden Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie beitragen sollten. Zusätzlich wird vorgeschlagen, wie in einer Zeit des Umbruchs ein grundlegenderer Neuanfang für die Nachhaltigkeitsstrategie vorbereitet werden könnte. Die Stellungnahme adressiert in erster Linie strukturelle und prozessuale Fragen von Nachhaltigkeitspolitik und -strategie, die für eine Umsetzung der inhaltlichen Anliegen nachhaltiger Entwicklung wesentlich sind.² Sie richtet sich nicht nur an die deutsche Politik, sondern auch an einen weiteren Kreis deutscher und europäischer Nachhaltigkeitsakteure – auch mit Blick auf die bevorstehende deutsche EU-Ratspräsidentschaft.

1. Am European Green Deal festhalten und ihn in den Mittelpunkt von Krisenbewältigung und Nachhaltigkeitspolitik stellen

Mit dem *European Green Deal* als auf die SDGs bezogenem Regierungsprogramm liegt für die fünfjährige Amtszeit der Europäischen Kommission eine bislang nicht gesehene programmatische

² Zu den Konsequenzen der Covid-19-Pandemie für Nachhaltigkeitsdiskurs und -politik vgl. [Bericht](#) über das virtuelle Meeting von SDSN Germany am 3. April 2020.

Orientierung auf Nachhaltigkeit vor. Die Umsetzung des *Green Deal* wird zur Zeit von der Kommission Schritt für Schritt in seinen einzelnen Transformationsfeldern ausformuliert, vom [europäischen Klimagesetz](#) und einer [europäischen Industriestrategie](#) über den [Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft](#) bis hin zur Agrar- und Ernährungswendestrategie [„Vom Hof auf den Tisch“](#) und der [Biodiversitätsstrategie](#). Diese und weitere Schlüsseltransformationen müssen nun zwischen den Mitgliedstaaten und mit dem Europäischen Parlament in Verhandlungen vereinbart werden.

- *Der Green Deal darf in der Krisenbewältigung nicht in den Hintergrund treten, sondern muss weiterentwickelt, ausgebaut sowie zum Ausgangspunkt und Zentrum von Nachhaltigkeitspolitik und Krisenbewältigung in der EU und allen ihren Mitgliedsstaaten werden.*
- *Deutsche Europapolitik sollte Versuchen einzelner Regierungen und Interessensverbände, Ambitionen des Green Deals zurückzustellen, entschieden entgegengetreten und dazu gezielte Allianzen bilden.*
- *Akteure deutscher Nachhaltigkeitspolitik in Regierungen und Parlamenten, in Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft sollten die Transformationen des Green Deal zu zentralen Bezugspunkten ihres Engagements machen.*

Die [Covid-19-Not- und Wiederaufbauprogramme der EU](#)³ sowie der Mehrjährige Finanzrahmen (MFR) für 2021-2027 werden auf lange Zeit Prioritäten und Strukturen festlegen. Der MFR 2021-2027 ist zugleich der erste und der letzte Finanzrahmen für das Erreichen von SDGs und Klimazielen („Klimaneutralität“) in und mit der EU bis 2030. Ob und wie dies gelingt, wird also in hohem Maße durch die Ausgestaltung der EU-Not- und Wiederaufbauprogramme und des MFR sowie der entsprechenden regulativen Maßnahmen entschieden. Die Kommission hatte bereits 2019 angekündigt, die SDGs zu einem wesentlichen Referenzrahmen des Europäischen Semesters zur Koordinierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu machen. Das Semester soll jetzt auch eine zentrale Rolle bei der Umsetzung der mit dem MFR verbundenen Wiederaufbauprogramme der EU spielen.

- *Die deutsche Europapolitik sollte die EU-Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 2020 dafür nutzen, Wiederaufbaufonds und MFR entschieden an 2030 Agenda und Green Deal auszurichten.*
- *Nachhaltigkeitsakteure in allen Mitgliedsstaaten sollten sich aktiv in die jeweiligen Konsultationen im Rahmen des Europäischen Semesters einbringen und dies auch als ein Instrument von Monitoring und Überprüfung der SDG-Orientierung des Wiederaufbaus nutzen.*

2. Mitwirkung von Nachhaltigkeitsakteuren in der Krisenbewältigung ausbauen – Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie als Instrument und Ausdruck der Krisenbewältigung gestalten

Auch für Deutschland gilt: Die Pandemie und die Maßnahmen zu ihrer Bewältigung werden die Rahmenbedingungen und Chancen für das Erreichen von SDGs und Klimazielen maßgeblich prägen. Was in den nächsten sechs bis 18 Monaten versäumt wird, kann im weiteren Verlauf der vom SDG-Gipfel 2019 eingeläuteten „*decade of action and delivery*“ kaum mehr aufgeholt werden. Die deutsche Nachhaltigkeitsarchitektur muss sich in der Krise bewähren und die bisherige Parallelität von langfristig angelegten Nachhaltigkeitsdiskursen und kurzfristiger Realpolitik überwinden.

- *Der Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung sollte umgehend Eckpunkte für eine nachhaltigkeitsorientierte Krisenbewältigung beschließen.*
- *Die Ressortkoordinator*innen Nachhaltigkeit sollten alle Maßnahmen der Krisenbewältigung materiell und strategisch unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten prüfen.*

³ Zur Ausgestaltung des EU-Konjunkturprogramms vgl. auch [Bericht](#) zum Pressebriefing von SDSN Germany und dem Netzwerk Weitblick zu „EU-Konjunkturprogramm, Covid-19, nachhaltige Entwicklung und Klimawandel“.

- *Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung (PbNE) sollte gemeinsam mit anderen Ausschüssen (Gesundheit, Soziales, Wirtschaft, Finanzen) Anhörungen und Beratungen zu einer nachhaltigkeitsorientierten Krisenbewältigung durchführen.*
- *Akteure nachhaltiger Entwicklung sollten sich auf allen Ebenen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Handelns in die Krisenbewältigung einmischen, aber auch aktiv beteiligt werden.*

Die mitten in der Bewältigung der Covid-19-Krise fällige regelmäßige Überprüfung und Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie ist von der Bundesregierung inzwischen verschoben worden und soll erst im Frühjahr 2021 abgeschlossen werden. Diese Situation birgt einerseits die Gefahr einer eher technischen Fortschreibung, andererseits aber auch die Chance einer Verbindung von Krisenbewältigung, Europa- und Nachhaltigkeitspolitik. Eine Orientierung an den transformativen Wendungen und Hebeln des [Global Sustainable Development Report \(GSDR 2019\)](#) böte dafür gute Grundlagen. Da eine nachhaltigkeitsorientierte Überwindung der Krise für das Erreichen der längerfristigen Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie unverzichtbar ist, könnte und sollte hierfür das in der Krise knappe politische Kapital zu gewinnen sein. Gelingt dies nicht, droht eine weitere politische Marginalisierung der Nachhaltigkeitsstrategie als „Schönwetterpolitik“.

- *Die Bundesregierung sollte die Nachhaltigkeitsstrategie 2021 zu einem Instrument und Ausdruck der Mitgestaltung der Krisenbewältigung in Deutschland und darüber hinaus machen.*
- *Als Strategie in der Krise sollte die Neuauflage 2021 die Transformationsaufgabe menschliches Wohlergehen (GSDR: „Human well-being and capabilities“), den transformativen Hebel Finanzen und die internationale Dimension der Krisenbewältigung als Schwerpunkte in den Fokus rücken.*
- *Die Nachhaltigkeitsstrategie 2021 sollte aufzeigen, durch welche konkreten Maßnahmen Deutschland den European Green Deal unterstützt und im eigenen Land umsetzt.*

3. Menschliches Wohlergehen als Transformationsaufgabe: Gesundheitsziele überprüfen

Die Covid-19-Krise hat weltweit wie in der EU und in Deutschland die Notwendigkeit einer systemischen Transformation im Bereich „menschliches Wohlergehen“ deutlich werden lassen, die auch das Zusammenspiel der Gesundheit von Mensch, Tier und Umwelt in planetaren Grenzen („*One Health*“ / „*Planetary Health*“) umfassen muss. Die 2030 Agenda adressiert unter SDG 3 (Gesundheit und Wohlergehen) zwar die Eindämmung ansteckender Krankheiten (3.3), fordert aber lediglich allgemein die Stärkung der Kapazitäten für Frühwarnung, Risikominderung und Management nationaler und globaler Gesundheitsrisiken (3.d). Die Covid-19 Krise hat gezeigt, dass gut ausgebildetes Gesundheitspersonal (3.c) einer der wichtigsten Faktoren zur Eindämmung des Ausbruches und Erhaltung der Regelversorgung im Gesundheitswesen ist. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) priorisiert in ihrem [Arbeitsprogramm](#) die universelle Gesundheitsversorgung („*universal health coverage*“, UHC) (3.8) und unterstützt damit den Ansatz, zugängliche und bedarfsorientierte Gesundheitssysteme für alle zu schaffen. „*Human well-being and capabilities*“ bildet im *Global Sustainable Development Report 2019* einen von sechs „*entry points*“ für Transformation. Dabei wird beispielhaft auch der „*One Health*“-Ansatz erwähnt. Die [Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie 2016](#) formuliert zu SDG 3 bislang lediglich auf Deutschland bezogene Ziele in den Bereichen „vorzeitige Sterblichkeit“ (unter 70 Jahre), Raucher- und Adipositasquote sowie Luftbelastung. Im Maßnahmenteil wurden 2016 zwar einzelne internationale Aktivitäten zu Epidemien und Pandemien erwähnt, dies wurde aber bereits in der [Aktualisierung 2018](#) nicht weitergeführt. Die Bundesregierung befindet sich aktuell in der Aktualisierung ihrer Strategie für globale Gesundheit von 2013, in der eine Verzahnung mit den Zielen nachhaltiger Entwicklung vorgenommen werden könnte. Eine Strategie für die öffentliche Gesundheit in Deutschland selber liegt bislang weder vor, noch ist sie geplant. Der *European Green Deal*, der u.a. Themen der planetaren Gesundheit adressiert, spricht an einzelnen Stellen auch Gesundheitsziele an, klammert aber den Transformationsbereich „*human well-being and*

capabilities“ bislang aus. Insgesamt sind die Gesundheits- und Nachhaltigkeitsdiskurse sowie die entsprechenden Konzepte und Strategien vergleichsweise schlecht miteinander verbunden.

- *Die Bundesregierung sollte „human well-being and capabilities“ zu einem Schwerpunkt der Nachhaltigkeitsstrategie 2021 machen und insbes. die Ziele im Gesundheitsbereich umgehend überprüfen und im Kontext mit anderen Transformationsbereichen neu ausrichten („One Health“ / „Planetary Health“).*
- *Die Bundesregierung sollte den Transformationsbereich „human well-being and capabilities“ in den European Green Deal hineinragen und eine stärkere Rolle der EU darin unterstützen.*
- *Die internationale Dimension des Gesundheitsbereiches („Global Health“) muss in Nachhaltigkeitsstrategie und Green Deal deutlich verankert werden. Gleichzeitig müssen aber auch in Global Health Strategien die Ziele nachhaltiger Entwicklung zum Tragen kommen.*
- *Akteure aus dem Gesundheits- und dem Nachhaltigkeitsbereich sollten gemeinsam, zum Beispiel im Rahmen des Beirätedialogs⁴, Vorschläge zur Weiterentwicklung von Deutscher Nachhaltigkeitsstrategie, der deutschen Strategie für globale Gesundheitspolitik und des European Green Deal in Gesundheitsbereich erarbeiten.*
- *Menschliches Wohlergehen sollte auch während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im Zentrum der Bemühungen um eine nachhaltige Erholung in Europa und weltweit stehen.*

4. Den transformativen Hebel Finanzen jetzt in der Nachhaltigkeitsstrategie verankern und Sustainable Finance zum maßgeblichen Hebel der Krisenbewältigung machen

Grundsätzlich spielt der transformative Hebel Finanzen in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie bislang keine systematische Rolle – mit Ausnahme der Ziele zur Begrenzung der Staatsverschuldung. Der Sustainable Finance-Beirat der Bundesregierung hat Anfang März auf die Bedeutung einer nachhaltigen Finanzwirtschaft für die große Transformation hingewiesen. Mit dem Konzept Sustainable Finance sollen alle Akteure im Finanzmarkt mobilisiert werden, die Transformation zu einem nachhaltigen Wirtschafts- und Finanzsystem in ihrer jeweiligen Rolle im System zu unterstützen. Dabei geht der Beirat insbesondere auch auf die Leitfunktion der öffentlichen Hand ein, sei es in der eigenen Mittelverwendung, als Kapitalanleger oder beim Ausbau der Infrastruktur, und benennt die „nachhaltigkeitskonforme Ausgestaltung von Risikoabsicherungen durch die öffentliche Hand und deren nachgeordnete Organisationen“ als einen wesentlichen Handlungsansatz. Auch die Erfahrungen in der Covid-19-Krise rufen danach, das Verhältnis von Effizienz und Resilienz in Real- und Finanzwirtschaft besser auszutarieren. Die Krise rückt damit auch den Aspekt des „short terminism“ auf Kapitalmärkten und somit einen der zehn Handlungsfelder im [EU-Aktionsplan „Financing Sustainable Growth“](#) in den Mittelpunkt. Die Förderung und Streuung von Vermögen sowie anderer Formen des Erhalts von Handlungsmöglichkeiten („Capabilities“) auch in den Schockmomenten einer Krise muss wieder stärker zur Selbstverständlichkeit eines nachhaltigen Finanzsystems gehören. Noch nie war der Satz „Business as usual genügt nicht mehr“ so selbstverständlich. Dies sollte eine Chance sein, wesentliche Ursachen für Nicht-Nachhaltigkeit anzugehen, statt in ideologische Grabenkämpfe („Nachhaltigkeit“ versus „schwarze Null“) zurückzufallen.

- *Die Bundesregierung sollte den transformativen Hebel Finanzen zu einem Schwerpunkt der Nachhaltigkeitsstrategie 2021 machen und Ziele wie Instrumente in diesem Bereich insbes. auf der Grundlage der Empfehlungen des Sustainable Finance-Beirates und des RNE weiterentwickeln.*
- *Finanz- und Nachhaltigkeitsakteure sollten zusammenwirken, um den Abbau nicht-nachhaltiger Subventionen und Steuertatbestände sowie eine Ausrichtung des Bundeshaushaltes auf die Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie voranzutreiben.*

⁴ Im [Beirätedialog](#) kommen auf Einladung von wpn2030 und SDSN Germany zentrale wissenschaftliche Beiräte der Bundesregierung zusammen, um über die unterschiedlichen Politikfelder hinweg zu nachhaltigkeitspolitischen Herausforderungen zu beraten.

Aktuell werden in Deutschland, in der EU und weltweit für die Bewältigung der ökonomischen Pandemiefolgen über öffentliche Haushalte und Zentralbanken finanzielle Mittel in bislang unvorstellbarem Umfang mobilisiert. Die Spitzen internationaler und europäischer Finanz- und Wirtschaftsinstitutionen (IWF, Weltbank, OECD, EU) sowie zahlreicher Regierungen einschl. der Bundesregierung haben sich dafür ausgesprochen, diese im Einklang mit Nachhaltigkeits- und Klimazielen einzusetzen. Gleichwohl ist zu befürchten, dass sich dies in der konkreten operativen Ausgestaltung kaum niederschlägt. Die aktuellen Krisenbewältigungsprogramme laufen damit Gefahr, zu einer Verfestigung („lock-in“) bestehender, nicht-nachhaltiger Produktions- und Konsummuster beizutragen, von etablierten Partikularinteressen geprägt zu werden sowie neuere und innovative Transformationsakteure zu vernachlässigen.

- *Die Nachhaltigkeitsstrategie sollte dazu beitragen, die Konjunkturprogramme (wie auch vom Sustainable Finance-Beirat gefordert) im Einklang mit Zielen wie den SDGs, dem Pariser Klimaabkommen sowie der Ambition der EU, im Jahr 2050 klimaneutral zu sein, auszurichten.*
- *Zusätzlich zur Nachhaltigkeitsorientierung von Mittelvergaben / Steuererleichterungen sind ordnungspolitische Rahmenbedingungen und (Preis-)Signale zu setzen (wie schnellerer Anstieg CO2-Preis, Ausweitung Emissionshandel, Abbau nachhaltigkeitschädlicher Subventionen).*

5. Kommunen und Regionen in der Governance von Wiederaufbau und Nachhaltigkeit stärken

Die Covid-19-Krise hat wie kaum ein Ereignis zuvor landes-, europa- und weltweit die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Menschen vor Ort so unmittelbar und zeitgleich verändert. Kommunen und Regionen stehen in der ersten Linie der Eindämmung und Bewältigung der Pandemie. Vor Ort wird sich aber auch maßgeblich mitentscheiden, ob in der Zusammenarbeit der Bürger*innen gemeinsam ein Neuanfang nachhaltigen Lebens und Wirtschaftens gelingt. Neue Produktions- und Konsummuster, resiliente und zukunftsorientierte Gesundheits-, Bildungs- und Mobilitätssysteme sowie neue Wohn- und Lebensstrukturen im Quartier können am besten aus der Perspektive des Bedarfs und zusammen mit den Akteuren vor Ort entwickelt werden. Deshalb sollten Kommunen und Regionen deutlich mehr finanziellen Spielraum für Zukunftsgestaltung erhalten. Die Bürger*innen müssen die finanziellen Mittel der Not- und Wiederaufbauprogramme persönlich erfahren und ihre eigenen Kompetenzen bei der Umsetzung einbringen können. Hierzu können neue Governance-Strukturen beitragen, soziale Innovationen anstoßen und begleiten sowie Zukunft gemeinsam explorieren und gestalten. Die Umsetzung von Investitionen in Infrastrukturen und menschliche Fähigkeiten wird so zielgenauer und den konkreten Umständen angemessener gestaltet, indem sie zugleich demokratische Teilhabe stärkt. Die durch die Covid-19-Pandemie ausgelöste Umbruchsituation sollte gerade auch vor Ort als Chance für eine neue Dynamik kommunaler Nachhaltigkeitspolitik genutzt werden.

- *Im Rahmen der deutschen und europäischen Wiederaufbauprogramme wie auch des [Europäischen Klimapaktes](#) sollten die Möglichkeiten für Kommunen und Regionen deutlich ausgebaut werden, Mittel für transformative Nachhaltigkeitsprojekte direkt beantragen und abrufen zu können.*
- *Die Bürgermeister*innen sollten gewählte politische Repräsentanten sowie Vertreter*innen der Unternehmen und der organisierten Zivilgesellschaft in „Entwicklungsbeiräte“ einladen, die zusammen mit Vertreter*innen aus der Wissenschaft die örtliche nachhaltige Entwicklung beraten und Entwicklungspläne zur Beschlussfassung durch die gewählten Organe vorbereiten.*

6. Auch international die Krisenbewältigung mit der Umsetzung der 2030 Agenda verbinden

Weltweit dürften die sozialen, ökonomischen, ökologischen und politischen Auswirkungen der Krise dramatisch werden und [Fortschritte auf dem Weg zu den SDGs gefährden](#). In vielen Entwicklungs- und Schwellenländern ist der Höhepunkt der Neuinfektionen noch nicht erreicht. In der Bewältigung der Krise ist die Abstimmung und Zusammenarbeit zwischen den Staaten, bilateral wie multilateral, der Dramatik der Situation bei weitem nicht angemessen. Besonders unzureichend ist dabei die

gemeinsame Orientierung an den Zielen einer nachhaltigen Zukunft jenseits der Krise, wie sie in der 2030 Agenda und dem Pariser Klimaabkommen vereinbart sind. Angesichts einer fortschreitenden Schwächung des Multilateralismus und wachsender geopolitischer Spannungen scheinen die G7 und die G20 weitgehend gelähmt. Bei den Vereinten Nationen (VN) spielen die Auswirkungen der Pandemie zwar in den Debatten über die inhaltliche Ausrichtung des gesamten zweiten HLPF-Zyklus eine wichtige Rolle. Das Mandat des HLPF besagt explizit, es solle „*new and emerging sustainable development challenges*“ aufgreifen. Aber diese VN-Debatten zu „*SDG-sensitive recovery*“, „*build back better*“ und Resilienz durch bessere Vorsorge kommen bislang über Rhetorik nicht weit hinaus. Die EU hat zwar mit der erfolgreichen Geberkonferenz zur Erforschung eines Impfstoffs globale Führungskraft gezeigt, muss aber die internationale Dimension ihrer Antwort auf die Krise noch deutlich weiterentwickeln. Gleiches gilt für den *European Green Deal* und sein Verhältnis zu anderen regionalen Kontextualisierungen nachhaltiger Entwicklung wie [Afrikas Agenda 2063](#) oder die [ASEAN Community Vision 2025](#). Die EU ist mit den Regionen der Welt durch komplexe Lieferketten verbunden, die durch die Pandemie belastet wurden und nun mehr denn je mit Blick auf Nachhaltigkeit umzubauen sind.

- *In der G7 und der G20 sollten deren europäische Mitglieder (Italien: G20-Vorsitz 2021; Vereinigtes Königreich: G7-Vorsitz 2021; Deutschland: G7-Vorsitz 2022, Frankreich: EU-Ratsvorsitz 2022) gemeinsam eine mehrjährige Initiative ergreifen, die Bewältigung der Krise mit neuem Schwung in der Umsetzung von 2030 Agenda und Pariser Klimaabkommen zu verbinden.*
- *Deutschland und die EU sollten politisch und auch finanziell verstärkt in die VN investieren, um das HLPF und andere VN-Institutionen in die Lage zu versetzen, die Verbindung von Krisenbewältigung und Umsetzung der 2030 Agenda effektiv voranzutreiben.*
- *Die EU sollte im Rahmen ihrer Handels- und Wirtschaftsabkommen reziproke Transformationspartnerschaften vereinbaren, die einen komplementären Umbau von Wertschöpfungs- und Lieferketten für nachhaltige Produktions- und Konsummuster fördern.*

In der Zeit des Umbruchs die Tür zu einem Neuanfang der Nachhaltigkeitsstrategie aufstoßen

Die Covid-19-Krise verändert grundlegend Umfeld und Rhythmen der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Die Neuauflage fällt nun nur wenige Monate vor die nächste Bundestagswahl und kann damit keine ausreichende Grundlage für eine ambitionierte Nachhaltigkeitspolitik der nächsten Legislaturperiode werden. Notwendig sind die von PBnE und RNE geforderten umfassenden Bestandsaufnahmen und schonungslosen Analysen. Der Vorschlag des PBnE, zu Beginn jeder Legislaturperiode für jedes Nachhaltigkeitsziel sogenannte Etappenzielsetzungen vorzunehmen und durch den Bundestag zu verabschieden, sollte deshalb als Anstoß aufgenommen werden, jetzt einen strukturellen Neuanfang für die Nachhaltigkeitsstrategie vorzubereiten.

- *Die Bundesregierung sollte in der Neuauflage 2021 ihre Bereitschaft erklären, die Nachhaltigkeitsstrategie zu Beginn der nächsten Legislaturperiode strukturell neu aufzustellen.*
- *Bereits jetzt sollte ein inklusiver Prozess angestoßen werden, um bis Mitte 2021 eine umfassende Bestandsaufnahme sowie Empfehlungen für einen strukturellen Neuanfang zu erarbeiten, die in die nächsten Koalitionsverhandlungen einfließen sollten.*